



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

**Haushaltsrede 2010 am 18. Mai 2010  
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheine  
Alfred Holtel**

Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

**§ 75 der Gemeindeordnung „Allgemeine Haushaltsgrundsätze“ sagt:**

- (1) „Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und so zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Die Haushaltswirtschaft ist wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen. Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.“**
  
- (2) „Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.“**

Dieser Paragraph verdeutlicht uns, in welche Richtung unsere Haushaltspolitik auszurichten ist. Wir müssen einen Haushalt aufstellen, bei dem die Höhe der Erträge gleich der Höhe der Aufwendungen ist!

In unserem Haushalt 2010 sieht es nicht annähernd so aus. Im Gegenteil, hier wird von **jährlichen Verlusten von ca. 12 - 15 Mio. Euro** ausgegangen, und es ist nicht abzusehen, wann diese Anhäufung von Defiziten ein Ende haben wird.

Wie meine Vorredner, möchte auch ich zu Beginn meiner Rede einen kurzen Abstecher in die Bundes- und Landespolitik mit persönlicher Wertung machen. Meine Betrachtung richtet sich dabei im Wesentlichen auf das **Thema „Gemeindefinanzierung“** und damit auch auf die Betrachtung der Haushalte des Kreises und des Landschaftsverbandes.

Die Kommunen haben Recht, wenn sie beklagen, dass ihnen vom Bund oder Land ständig neue Aufgaben zugemutet werden, die mit hohen Kosten verbunden sind, für die ihnen aber kein finanziell ausreichender Ausgleich gewährt wird. Ich nenne hier die steigenden Unterbringungskosten (K d U) von SGB II - Beziehern, die Zusagen im Bereich der U 3 - Betreuung und die Kosten für die Übermittagsbetreuung in Grund-, Haupt- und Realschulen, aber auch in der Gesamtschule und den drei Gymnasien.

Hier finanziert der städtische Haushalt nicht nur Rheinenser Kinder, sondern auch **3906 Schüler und Schülerinnen aus den Nachbarstädten und -gemeinden**. Auch unter Berücksichtigung dieser Kosten ist es geboten, den Kreis Steinfurt in die gesetzliche Pflicht zu nehmen, die Trägerschaft der beiden städtischen Berufsschulen mit allen sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu marktüblichen Konditionen zu übernehmen.

Inzwischen dürfte ja allen Kreispolitikern bekannt sein, dass nach dem Schulgesetz NRW die Trägerschaft der Berufsschulen und –kollegs den Kreisen und kreisfreien Städten übertragen worden ist. Besonders freue ich mich, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag vom 06.04.2010 unsere Forderung aus der Haushaltsrede vom 31. März 2009 unterstützt.

Bis zum 1. Oktober 2010 ist mit RP und Landrat eine Regelung herbeizuführen, die garantiert, dass **optimale Landesmittel** für die Berufsschulen fließen, **damit Stadt und Kreis jährlich ca. 700.000 € einsparen**. Andernfalls sind die Berufsschulen vom Kreis zu führen, und dieser hat zusätzlich marktübliche Ausgleichszahlungen für die bestehende Infrastruktur an die Stadt Rheine zu leisten.

Wie Herr Lütke-meier bei der Einbringung des Haushaltes deutlich machte, zeichnete sich bereits Mitte letzten Jahres eine dramatische Verschlechterung der Finanzlage der Stadt Rheine ab. Auf das Einbrechen der Gewerbesteuer aber auch auf deutlich weniger Zuweisungen von den Anteilen an der Einkommens- und der Umsatzsteuer, die den Kommunen zustehen, habe ich bereits in der Haushaltsrede am 31.03.2009 hingewiesen.

Die Erfüllung vieler Wünsche im Haushalt (2009) aber auch eingegangener **Verpflichtungen wie z. B. „Rheine R“** werden die Haushalte der kommenden Jahre massiv belasten und somit auch jeden einzelnen Bürger treffen.

Der für 2009 zu erwartende Fehlbetrag von 17,5 Mio. Euro (Stadtk. Lütke-meier am 2.2.2010) reißt einen maßgeblichen Schwellenwert. Bei entsprechend hohen Fehlbeträgen für 2010 hat dies ein Haushaltssicherungskonzept zur Folge. Nur durch die Beteiligungen der Stadtparkasse und der Stadtwerke kann die Ertragsseite der Stadt Rheine so gestärkt werden, dass ein Haushaltssicherungskonzept für die Stadt verhindert werden kann. Damit stellt sich nicht mehr die Frage, ob und wo Rheine sparen muss. **Es ist eine Tatsache, dass Rheine sparen muss!**

Ich erlaube mir an dieser Stelle, noch einmal auf die haushaltsrechtlichen Aufgaben hinzuweisen, die uns die Gemeindeordnung auferlegt: **§ 77 GO besagt:**

**(1) Die Gemeinde erhebt Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften.**

**(2) Sie hat die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel**

1. soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen,
2. im Übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen.

Konkret heißt das: **Wenn es uns nicht gelingt, nachhaltig und massiv zu sparen**, werden am Ende auf Druck der Aufsichtsbehörde die Steuern erhöht – z.B. die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuern A und B und - soweit es die Vorschriften zulassen - Gebühren und sonstige Leistungsentgelte!

Aus heutiger Sicht haben wir die Spardiskussion in der SFK 2006 - 2008 nicht konsequent genug betrieben! Haben wir - ich schließe die FDP-Fraktion mit ein - die eine oder andere Haushaltsstelle nicht zur „**Tabu-Position**“ erklärt. Auch sind wir über viele Haushaltspositionen, die uns damals wohl unbedeutend erschienen, hinweggegangen. Aus heutiger Sicht wäre eine jährliche Kürzung von 2, 3 oder 5 % eher angebracht gewesen.

Wie manch andere Kommune, müssen auch wir uns heute fragen, warum wir nicht die stark angestiegenen Einnahmen (besonders durch die Gewerbesteuer) in den Jahren 2006 - 2008 genutzt haben, um mehr Vorsorge für schlechte Zeiten zu treffen. **Denn die konjunkturanfällige Gewerbesteuer ist keine sichere Einnahmequelle für die Finanzausstattung der Kommunen.**

Allerdings sind die Vorschläge des Bundes der Steuerzahler, die von der FDP unterstützt worden sind, zur Abschaffung der Gewerbesteuer und höheren Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer, von den meisten Kommunen abgelehnt worden. Die bereits ab 2003 wieder kräftiger sprudelnden Gewerbesteuereinnahmen wurden gerne genommen. Damals hatte man wohl vergessen, wie konjunkturanfällig die Gewerbesteuer im Gegensatz zur ständig steigenden Umsatzsteuer ist.

**Der Absturz der Gewerbesteuer beträgt 10,2 Mio. Euro in Rheine  
für die Zeit von 2007 auf 2009!!!**

Wie bereits in den vergangenen Jahren, bilden die Transferaufwendungen die größte Position im Ergebnishaushalt. Diese Aufwendungen sind seit 2006 um fast 9 Mio. € gestiegen. Neben der Kreisumlage von 4 Mio. € mit dem am 14.12.2009 vom Kreistag beschlossenen und inzwischen genehmigten Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage, sind die Kostenerstattung der Stadt am SGB II, die Grundsicherung im Alter, Hilfen zur Pflege und Eingliederungshilfen für behinderte Menschen weitere Positionen.

Die Aufwendungen für Kinder in Tageseinrichtungen und für die Betreuung an den offenen Ganztagschulen sind weiter deutlich gestiegen und erreichen insgesamt ein Volumen von 8,7 Mio. €. **Besonders bei diesen Kostensteigerungen sind Bund und Land gefordert**, sich höher zu beteiligen. **Die Notwendigkeit, diese Hilfen zu finanzieren, wird von der FDP-Fraktion in keiner Weise infrage gestellt.**

Besonders die Steigerungen im Kreishaushalt bei Personalkosten und den vielen Projektkosten, erscheinen uns deutlich überzogen. Aber wie schon in den Vorjahren, bedient sich der Kreis des einfachsten Elements zum Haushaltsausgleich und dieses heißt: „**Erhöhung der Kreisumlage!**“

Bei den Finanzierungskosten und Organisationsmodellen des SGB II, die ja zurzeit diskutiert und verhandelt werden, muss die Stadt Rheine sich stärker, auch im Sinne der Betroffenen, in die Überprüfung einbringen:

**Kostenkontrolle und Effektivität sind zumindest für den  
Bereich der Stadt Rheine regelmäßig offen zu legen!**

Auch wenn es ein langfristiger Weg sein wird, ohne die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit eingesetzter Finanz- und Personalmittel geht es in Zukunft nicht!

**Der Personalaufwand muss in Rheine deutlicher im Mittelpunkt stehen!**

Mit **26,3 Mio. €** erreicht dieser Aufwand eine neue Spitzenposition. Gegenüber dem Vorjahr ist im Haushalt 2010 bereits eine Erhöhung um 369.000 € eingesetzt, wobei die Kosten für die tariflich Beschäftigten (Angestellten) noch nicht berücksichtigt wurden, dafür dürften in 2010 weitere 220.000 € erforderlich werden. **Mit einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von somit ca. 590.000 € erreichen die Personalkosten eine neue Dimension.**

**Es liegt an uns allen, den Bürgern, der Verwaltung und der Politik, ob unsere Stadt eine finanzielle Zukunft hat oder nicht.** Eine 5 %-ige Personalreduzierung wird dafür dauerhaft nicht ausreichen. Auf der anderen Seite brauchen wir dynamische Personalentwicklungskonzepte, um dadurch die städtischen MitarbeiterInnen zu motivieren, zu verbessern und ergebnisorientierter zu steuern. Damit sollten

Leistungs- und Serviceorientierung noch besser mit Wirtschaftlichkeit vereinbart werden.

**Durch interkommunale Zusammenarbeit lassen sich ebenfalls Steuergelder einsparen.** Wie Beispiele aus anderen Städten zeigen, gestalten sich gemeinsame Einkaufs- und Vergabeaktivitäten durch Gründung einer kommunalen Dienstleistungsgesellschaft deutlich kostengünstiger – auch im Bereich der kommunalen Querschnittsämter ist eine Zusammenarbeit denkbar und machbar. Ich nenne hier **Personalämter, Jugendämter, Vermessungs- und Katasterämter.** - Im Kreis Steinfurt gibt es bereits Kommunen, die ihre Rechnungsprüfung an die Kreisverwaltung abgegeben haben! Interessant für Rheine dürften auch die Erfahrungen der Stadt Aachen mit dem Städteverbund Aachen sein.

Desweiteren ist nicht zu akzeptieren, dass sich öffentlich subventionierte Volkshochschulen in Konkurrenz zu Sportvereinen und freien Anbietern begeben! Bei den anstehenden Aktivitäten der Städtischen Musikschule mit den Grundschulen sind auch die privaten Musikschulen und Musikvereine, wie z.B. das Gitarrenensemble Rheine, das Blasorchester Rodde und andere Musikvereine mit einzubeziehen. Auf den Prüfstand zu stellen sind ebenfalls die Öffnungszeiten und Eintrittspreise der Museen, wobei über eine Sozialstaffel nachzudenken ist.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch **weitere Handlungsfelder für 2010** und folgende Jahre anmelden:

1. Auch zukünftige Investitionen sind – genauso wie die Erweiterung der Fürstenberg-Realschule - auf den Prüfstand zu stellen. Für den Neubau der Feuerwache rechts der Ems bietet sich der Krafftfahrzeughof der General-Wewer-Kaserne an. Bei weitergehenden Planungen ist diese Alternative ernsthaft zu untersuchen.
2. Im letzten (Schnee-) Winter, wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der **TBR** in ganz besonderem Maße gefordert. **Herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.** Aus Sicht der FDP-Fraktion sind bei Überarbeitung

des Winterdienstes, Arbeitsspitzen besonders beim Streudienst per Hand, aber auch durch Reduzierung der Straßen, die unverzüglich gestreut werden müssen, zu erreichen. Aus ökologischen Aspekten kann somit auch die Salzmenge verringert werden.

3. Der bereits mehrfach angekündigte Hausmeisterpool ist noch nicht in der Politik angekommen. Da die Stadt Bergneustadt z.B. jährlich 1 Mio. Euro nach der Neuorganisation ihrer Hausmeistdienste spart, warten wir hier noch auf die Vorschläge der Verwaltung.

Für die kollegiale Zusammenarbeit bei den gemeinsamen Haushaltsplanberatungen mit der CDU Fraktion sage ich herzlichen Dank. Dieser gilt ebenfalls allen Beteiligten der Verwaltung für die Unterstützung und Hilfe, besonders jedoch ihnen, Herr Lütke-meier, für ihre mahnenden Worte vom 2. Februar 2010 bei der Einbringung dieses Haushaltes.

Bei der FDP-Fraktion sind ihre mahnenden Worte angekommen, ich befürchte aber nicht bei den Befürwortern zu TOP 34 gleich in der nichtöffentlichen Sitzung.

**Die FDP Rheine stimmt dem Haushalt 2010 unter den zuvor angemerkten Bedenken und Anregungen zu!**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.